

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	21. Januar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 22 der Tagesordnung: Karlsruher Inklusionspreis
Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Dorothea Polle-Holl, der
Stadträte Michael Borner und Dr. Christofer Leschinger (GRÜNE) sowie der
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 4. Dezember 2014
Vorlage: 2013/0284

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Überweisung an den Beirat für Menschen mit Behinderungen

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Dr. Polle-Holl (GRÜNE): Inklusion bedeutet vor allem Wertschätzung, Anerkennung der Vielfalt in Bildung, Erziehung und Gesellschaft und geht davon aus, dass Heterogenität in einer Gesellschaft normal ist und sie sogar bereichert. Wenn man es sehr weit definiert, gehört zu diesem Begriff Inklusion nicht nur das Miteinschließen von Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung, sondern auch von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, und Menschen in der Vielfalt ihrer sexuellen Orientierung. Daher ist es auch richtig, in den Schulen den Lehrplan entsprechend darauf auszurichten. Aber das gehört jetzt nicht hierher.

(Heiterkeit)

- Mir war es wichtig, das zu betonen.

(**Stadtrat Cramer/KAL:** Dann hätte ich es auch nicht gesagt!)

Uns geht es in unserem Antrag um die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Schulen, Betrieben und anderen Einrichtungen. Dafür soll es besonders gelungenen Inklusionsbeispielen einen Karlsruher Inklusionspreis geben. Pädagogen sind zum Teil

ratlos, wie die Inklusion funktioniert, Eltern sind unsicher, ob die Klassenziele erreicht werden können, wenn ein behindertes Kind mit in der Klasse sitzt und Betriebe fürchten um ihre Produktivität. Deswegen ist es besonders wichtig, gute Beispiele voranzustellen. Es geht nämlich, wenn man verschiedene Dinge berücksichtigt. Wir wollen deswegen, dass es mit einem Preis bedacht wird. Wir sind gespannt über den Preis, über die Ausstattung und seine Preisträger und freuen uns, dass die Verwaltung dem Antrag so positiv gegenübersteht.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Mossuto (GfK): Wir begrüßen die Empfehlung der Verwaltung, den Antrag an den Beirat für Menschen mit Behinderungen zu verweisen. Allerdings möchten wir, dass folgender Hinweis bei der Verweisung an den Behindertenbeirat mit aufgenommen wird: Bei der Berücksichtigung eines Inklusionspreises müssen die Gruppe der Körperbehinderten und die Gruppe der Geistigbehinderten paritätisch berücksichtigt werden. Es empfiehlt sich weiterhin den Beirat zu bitten, die Meinung der Selbsthilfevereine ohne Vereinsstatus einzuholen, da zurzeit im Beirat nicht alle Gruppen vertreten sind.

Stadtrat Golombeck (FDP): Grundsätzlich muss ich sagen, finde ich es eine ganz tolle Idee, dass man diese Menschen mit einbezieht, denn die Teilhabe an dem täglichen Ablauf ist für diese Leute sehr wichtig, damit sie eine Beschäftigung haben. Es bedarf natürlich auch einer besonderen Aufsicht. Die ganze Verfahrensweise ist nicht so einfach. Wenn man sich einmal die Hagsfelder Werkstätten anschaut, wie das da zugeht, dann braucht man auch Aufsicht dazu, um zu kontrollieren, was die Leute da machen. Wichtig ist, dass es Firmen gibt, die muss man suchen, die bereit sind, solche Menschen einzustellen, einzuarbeiten. Ich denke mal, dass hier zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden, zum einen können sich die Firmen besser präsentieren und zum anderen ist mir eigentlich wichtig, dass diese Menschen in eine Beschäftigung kommen.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Zur Beurkundung:
Der Schriftführer: